



NEWSLETTER APRIL 2021  
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Henning Schädlich

## Liebe Leserin, lieber Leser,

der Berg kreißte und gebar eine Maus. Das wusste schon der römische Dichter Horaz. So war es auch zuletzt in der Runde der Ministerpräsident\*innen mit der Kanzlerin. Deutschland kommt nicht voran beim Impfen und Testen, nicht bei der Digitalisierung der Kontaktnachverfolgung und nicht bei klugen Hygienekonzepten für Arbeit und Schule.

Merkel kann kein Krisenmanagement, sie verwaltet nur. Das reicht aber jetzt nicht mehr aus. Wir haben den Katastrophenfall zu managen und dazu muss ein Krisenstab gebildet werden. Dieser muss tagesaktuell beraten und entscheiden – natürlich unter dem Primat der Politik. Ein Format wie die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat sich als zu träge erwiesen. Wir Deutsche sind Sicherheitsweltmeister, überlegen alles tausendmal und oberste Priorität hat, dass man keine Fehler macht. **Hätte Helmut Schmidt so zögerlich agiert, wäre Hamburg 1962 abgesoffen.**

Die meisten Menschen halten sich an die Regeln, doch wenn nur 20 Prozent ohne Masken herumlaufen, müssen wir alle die Konsequenzen tragen. Auch habe ich kein Verständnis dafür, wenn ich mit dem Fahrrad keine Tagestour machen kann, weil die Gastronomie und alle WCs geschlossen sind, ich aber gleichzeitig nach Mallorca fliegen könnte.

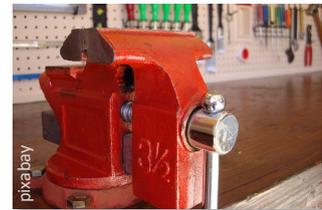
Wir brauchen größtmögliche Sicherheit bei größtmöglicher Freiheit. Beides kann funktionieren, allerdings nicht mit den derzeitigen Werkzeugen. Man muss es so klar sagen: Die Unions-Minister haben versagt. Gleichzeitig haben sich einige in CDU und CSU an der Krise bereichert. Hubertus Heil, Franziska Giffey und Olaf Scholz haben hingegen Handlungsfähigkeit bewiesen.

Ihr/Dein 



### S. 5: Infektionsschutzgesetz

Verbesserungen beschlossen



### S. 7: Woche der Ausbildung

Gespräch mit Berufsschulleiter



### Online-Diskussion

zum Thema Finanzen und Corona am  
Mo, 26.04., um 19 Uhr mit MdB  
Lothar Binding

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2020



Foto: pixabay

## KLARTEXT

### SOLIDARITÄT GEHT ANDERS

Caritas heißt übersetzt Nächstenliebe. Und genau deshalb hat mich die Entscheidung der Caritas, gegen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege zu stimmen, sehr enttäuscht. Denn wir alle wissen, dass die Pflegekräfte überall zu wenig verdienen und auch zu schlechte Arbeitsbedingungen haben. Das liegt daran, dass die allermeisten nicht unter einen Tarifvertrag fallen. Nur wenige Pflegekräfte sind in einer Gewerkschaft und die meisten Arbeitgeberverbände verweigern Tarifverhandlungen. Daher sind wir das politisch angegangen, weil es alleine über die Tarifautonomie keine Verbesserungen gibt. Klatschen hilft nicht und ein Bonus, den nicht mal allen bekommen, übertüncht nur das Problem.

Deshalb haben Hubertus Heil, Franziska Giffey und Jens Spahn das Pflegelohneverbesserungsgesetz vorgelegt, das vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Durch die Neugründung eines Arbeitgeberverbandes unter Führung der AWO konnten erstmals Verhandlungen mit ver.di aufgenommen werden. Sie haben einen Tarifvertrag ausgehandelt und beim Bundesarbeitsministerium beantragt, diesen für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit wären alle Beschäftigten in der Pflege unter den Schutz dieses Tarifvertrages gekommen. Damit das gelingt, müssen aber die zwei größten Player in der Branche zustimmen. Das sind die Caritas und die Diakonie.

Es geht nicht darum, dass die Caritas besser bezahlt als der Tarifvertrag von ver.di. Es geht darum, dass viele mehr bekommen hätten, ohne dass die eigenen Caritas-Beschäftigten einen Nachteil hätten.

Das nennt sich einfach Nächstenliebe. Wir Sozialdemokraten nennen das Solidarität.

### WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



#### WEITERSAGEN:

#### GRUNDRENTE GIBT'S AUTOMATISCH!

Die Deutsche Rentenversicherung warnt vor Betrugsversuchen, bei denen Trickbetrüger die Grundrente vorschieben, um gefälschte Frage- und Antragsbögen an Seniorinnen und Senioren zu verschicken.

Teilweise gibt es sogar Aufforderungen, Geld auf Konten von Trickbetrügern zu überweisen, um angeblich drohende Rentenkürzungen zu verhindern.

ABER: Bei der Gestaltung der Grundrente hat die SPD dafür gesorgt, dass die Auszahlung automatisch erfolgt. Niemand muss Fragen beantworten oder einen Antrag stellen!

Die Rentenversicherung prüft aktuell auch für die 26 Millionen Bestandsrentner\*innen, ob ein Anspruch auf Grundrente besteht.

Danach bekommen alle mit Anspruch ohne weiteres Verfahren das zusätzliche Geld ausgezahlt - auch nachträglich.

Bitte weitersagen: Die Grundrente gibt es ganz automatisch, man muss nichts dafür tun. Und schon gar nicht am Telefon irgendwelche Daten weitergeben.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021

Foto: Henning Schwelb

## LIEFERKETTENGESETZ IM KABINETT BESCHLOSSEN

Das Lieferkettengesetz kommt! Zum ersten Mal schaffen wir ein Gesetz zur unternehmerischen Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten. Das hat das Kabinett auf unseren Druck hin beschlossen. Noch vor den Bundestagswahlen werden wir es umsetzen. Ich bin stolz auf das Ergebnis, dem viel Arbeit vorausgegangen ist.

Arbeit hat ihren Wert – Ausbeutung gehört geächtet. Die Sorgfaltspflicht der Unternehmen in Deutschland endet nicht am Werkstor – in ihrer gesamten Lieferkette darf es nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommen. Aber: Bisher kommt dem nur ein Fünftel aller in Deutschland ansässigen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten nach. Freiwillige Selbstverpflichtung reicht also nicht aus. Deshalb bringen wir jetzt das Lieferkettengesetz auf den Weg.

Es geht dabei auch um fairen Wettbewerb: Alle müssen sich an die Regeln halten. Wo freiwillige Selbstverpflichtung nicht wirkt, braucht es verbindliche Regeln. Damit schützen wir die ehrlichen Unternehmen, die schon immer auf Menschenrechte geachtet haben.

Meine Online-Diskussionen zum Lieferkettengesetz gibt es alle zum anschauen [hier](#).

## „JUNIORWAHL“: JETZT ANMELDEN!

„Demokratie braucht Demokraten“, wusste schon Friedrich Ebert, Sozialdemokrat, Republikgründer und erster Reichspräsident. Demokratie muss erlernt, erlebbar und gelebt werden – am besten von Klein auf. Und so ist „Learning by doing“ auch das Stichwort, wenn es um die Juniorwahl 2021 geht.

Das bundesweite Schulprojekt zur Bundestagswahl 2021 bietet eine super Gelegenheit, Wahlen als Instrument der Demokratie praktisch zu erproben und alle damit verbundenen Aspekte kennenzulernen. Deshalb rufe ich die Schulen in Unterfranken zur Anmeldung und Teilnahme auf.

Der Unterrichtsteil bietet auch eine gute Möglichkeit, sich intensiver mit Parteien zu beschäftigen und sich Gedanken über eigene Positionen zu konkreten Themen zu machen, bevor es dann zur Wahlurne geht. Zeitgleich mit den Wahlergebnissen der über 18-jährigen werden am Wahlsonntag dann die Ergebnisse der Juniorwahl bekannt gegeben und die Teilnehmer\*innen erfahren, wer in ihrer der Schule das Rennen gemacht hätte.

Sowohl für den Unterricht als auch für den praktischen Teil werden umfangreiche Hilfsmaterialien zur Vor- und Nachbereitung bereitgestellt. Weitere Informationen zum Projekt gibt es unter [www.juniorwahl.de](http://www.juniorwahl.de).

**Verantwortung endet nicht am Einkaufswagen.**

**Auch bei den Arbeitsbedingungen der Zulieferer ist nicht Schluss.**

**Menschenrechte gelten für die gesamte Lieferkette!**  
Wir nehmen Unternehmen jetzt in die Pflicht, dafür zu sorgen.



Grafik: shutterstock.com/Black Creator 24

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021

Foto: Henning Schacht

## MASKENDEALS IN DER UNION: MEHR TRANSPARENZ UND SCHÄRFERE REGELN FÜR ABGEORDNETE

**Maskenskandal der Union**  
muss Konsequenzen haben:

1. Lobbyregister verschärfen!
2. Anzeigepflicht bei Nebentätigkeiten ausweiten!
3. Bestechlichkeit als Verbrechen ahnden!

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Die Maskenaffäre in der Union muss rechtliche Konsequenzen haben. Schärfere Regeln fordert die SPD schon lange. Jetzt muss die Union ihre Blockade aufgeben. Es geht nicht nur um die Aufarbeitung von Einzelfällen, sondern um klare und scharfe Regeln. Dafür braucht es:

1. ein Lobbyregister mit scharfen Sanktionen,
2. die Ausweitung von Anzeigepflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften im Abgeordnetengesetz,
3. strengere Strafen für Bestechung und Bestechlichkeit im Parlament, denn das sind keine Kavaliersdelikte, sondern kriminelles Verhalten.

Die SPD setzt sich außerdem dafür ein, dass die Veröffentlichungspflicht für Parteispenden auf 2.000 Euro abgesenkt wird.

Dazu hat unsere Fraktion einen 10-Punkte-Plan vorgelegt und unser Parteivorstand hat einen entsprechenden Beschluss gefasst, mit dem wir bei der kommenden Wahl antreten.

Wir werden den Druck auf CDU und CSU weiter hochhalten. Lange Zeit stand die Union auf der Bremse, jetzt müssen der öffentlich geäußerten Empörung auch Taten folgen. Wir geben uns nicht mit internen Richtlinien und Selbstverpflichtungen zufrieden.

Mit dem Lobbyregister, das diese Woche im Plenum beschlossen wird, gehen wir einen wichtigen ersten Schritt. Es schafft Transparenz und klare Verhaltensregeln für Lobbyismus.

Wer Lobbyarbeit gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung betreibt, muss sich künftig in ein verbindliches Lobbyregister eintragen. Bei Verstößen droht ein Ordnungsgeld von bis zu 50.000 Euro.

Außerdem werden wir einen Verhaltenskodex einführen. Verstöße dagegen werden im Lobbyregister veröffentlicht.

Lobbyist\*innen, die sich nicht an die Verhaltensregeln halten, bekommen außerdem keinen Hausausweis und können nicht an öffentlichen Anhörungen des Bundestages teilnehmen.

## Wer bezahlt eigentlich die Staatsschulden?

Aktuelle Fragen rund um das Thema Steuerpolitik



Lothar Binding



Bernd Rützel

**Mo, 26.4., 19:00 Uhr**

Live-Diskussion auf facebook mit den  
SPD-Bundestagsabgeordneten  
Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher, und  
Bernd Rützel, Ausschuss für Arbeit und Soziales



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021

Foto: Henning Schacht

## INFEKTIONSSCHUTZGESETZ VERBESSERT



Der Bundestag hat angesichts des erneut steigenden Infektionsgeschehens Mitte Februar das Infektionsschutzgesetz erneuert und damit die Rolle des Parlaments im Pandemiemanagement gestärkt und für einen besseren Schutz der Grundrechte gesorgt:

**Der Inzidenzwert entscheidet nicht mehr allein:** So dürfen nun die Schutzmaßnahmen wie etwa Schließungen von Geschäften oder Kontakteinschränkungen künftig nicht nur durch Inzidenzwerte begründet werden. Die Bundesländer müssen weitere Faktoren einbeziehen und genau begründen. Dazu zählen Faktoren wie die Impfquote, der R-Wert (Ansteckungsrate), die Auslastung des Gesundheitssystems oder Gefahren durch neue Virusvarianten.

**Konkretere Benennung der Impfziele:** In dem Gesetz wird zudem geregelt, dass die Impfreiheiten flexibler gehandhabt werden kann.

**Verbesserung der Verdienstaufschlag-Entschädigung:** Für Eltern, die pandemiebedingt Kinder zu Hause betreuen müssen, wird der Entschädigungsanspruch erweitert und an die Regelung zum Kinderkrankengeld angeglichen. Künftig besteht ein Entschädigungsanspruch auch, wenn nur eine eingeschränkte Kita- oder Notbetreuung möglich ist oder wenn eine behördliche Empfehlung vorliegt, vom Besuch beispielsweise einer Kita abzusehen.

**Pflegeschutzschirm:** Der Pflegeschutzschirm wird bis Ende Juni unverändert fortgeführt. Stationäre Pflegeheime, Tagespflegen und andere Pflegeeinrichtungen behalten so die Möglichkeit, pandemiebedingte Mindereinnahmen gegenüber der Pflegekasse geltend zu machen. Außerdem werden aus dem Bundeshaushalt 400 Millionen Euro bereitgestellt, um eine Prämie für Beschäftigte in den Krankenhäusern zahlen zu können.

## MEHR HILFEN FÜR FAMILIEN, SELBSTÄNDIGE UND FIRMEN

Kinderbonus, Corona-Zuschuss oder auch der verlängerte erleichterte Zugang zur Grundsicherung sollen jenen helfen, durch die Krise zu kommen, die es am nötigsten haben.

So erhalten z. B. Erwachsene, die Existenz sichernde Leistungen beziehen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder Leistungen aus dem sozialen Entschädigungsrecht), im ersten Halbjahr 2021 pauschal einmalig einen Corona-Zuschuss in Höhe von 150 Euro.

150 Euro Corona-Zuschuss

150 Euro Corona-Zuschuss

150 Euro Kinderbonus

150 Euro Kinderbonus

**SPD**  
Fraktion im Bundestag

**Solidarität mit Familien in Grundsicherung!**

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021

Foto: Henning Schacht

## Wir stärken den **Sozialstaat** – weil es in der Krise auf **Solidarität** ankommt.

### Neu:

- ☒ 150 Euro Corona-Zuschlag, Laptops für Schüler:innen und kostenfreie FFP2-Masken für Menschen in Grundsicherung
- ☒ 150 Euro Kinderbonus (anrechnungsfrei)

### Verlängert bis 2021:

- ☒ vereinfachter Zugang zur Grundsicherung
- ☒ vereinfachte Vermögensprüfung bei Kinderzuschlag
- ☒ kein Mindesteinkommen für Künstlersozialkasse
- ☒ Hilfen für Soziale Dienste & Einrichtungen

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Wer Leistungen aus der Grundsicherung bezieht, bekommt kostenfrei zehn FFP2-Schutzmasken, die sie/er in der Apotheke abholen kann.

Viele Familien verfügen nicht über die finanziellen Reserven, um die pandemiebedingt zusätzlichen Ausgaben auf Dauer zu tragen. Deshalb haben wir beschlossen, auch 2021 einen Kinderbonus zu leisten: 150 Euro pro Kind werden mit dem Kindergeld ausgezahlt. Dieser Bonus wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet, aber bei der Einkommenssteuer im Rahmen der Günstigerprüfung berücksichtigt.

Gleichzeitig wird es Kommunen für die Zeit der Pandemie weiter ermöglicht, gemeinschaftliches Mittagessen über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) flexibel bereitzustellen, z.B. per Lieferung nach Hause oder Abholung. Entstehende Mehrkosten werden getragen.

Wenn Distanzunterricht stattfindet, brauchen alle Schüler\*innen geeignete digitale Endgeräte. Für die Anschaffung dieser Geräte kann beim Jobcenter ein Zuschuss beantragt werden.

Der Bundestag hat außerdem den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung bis zum 31.12.2021 verlängert.

Das hilft denjenigen, die wegen der Pandemie in finanzielle Nöte geraten.

Für Kreative und Kulturschaffende stellt der Bund im Rahmen des Programms „Neustart Kultur“ eine weitere Milliarde Euro bereit.

Soziale Dienstleister und Einrichtungen haben durch die Corona-Pandemie große finanzielle Einbußen. Dazu zählen Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Versorgungs- und Rehabilitationseinrichtungen, Anbieter von Sprachkursen, aber auch freie Kita-Träger und Wohlfahrtsverbände. Deren Schutzschirm wird nun bis zum Ende des Jahres verlängert wird.

Für Gastronomie und Hotels wird der Umsatzsteuersatz von sieben Prozent bis Ende 2022 verlängert.

## AUSBILDUNGSPLÄTZE WERDEN GESICHERT

Das Bundeskabinett hat auf Initiative von Hubertus Heil und der SPD-Fraktion bessere Förderkriterien und höhere Prämien für das Programm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen. Mehr mit einem Klick auf die Grafik:

**Ausbildungsplatz statt Ausbildungsplatz.**

Wir verdoppeln die Ausbildungsprämie.

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021



Foto: Henning Schlicht

## BUNDESHILFEN FÜR BRAUEREIGASTSTÄTTEN



Eine für die Brauereigaststätten, Vinotheken und Heckenwirtschaften wichtige Einigung ist gelungen: Ihnen stehen nun die umfangreichen November-/Dezemberhilfen des Bundes offen. Dafür habe ich mich gemeinsam mit unserer Landtagsfraktion immer wieder eingesetzt (Foto: Waldschloss-Brauerei Frammersbach).

Es ist endlich geschafft. Anträge auf November-/Dezemberhilfe können noch bis Ende April gestellt werden.

## WOCHE DER AUSBILDUNG: GESPRÄCH MIT BERUFSSCHULLEITER

Was ich in meiner Berufsausbildung gelernt habe, hat mich sehr geprägt und hilft mir auch heute noch. Mit diesem Bekenntnis warb ich direkt zu Beginn meines Online-Gesprächs mit dem Leiter der Berufsschule Main-Spessart, Gerhard Hecht, für die berufliche Ausbildung. Anlass unseres Gesprächs war die bayernweiten Woche der Aus- und Weiterbildung. So schilderte ich eingangs meinen Weg ins Berufsleben, der mit 14 Jahren als Maschinenschlosser-Azubi beim Betriebswerk der Deutschen Bundesbahn in Würzburg begann. Metallberufe werden auch an den beiden Schulstandorten in Karlstadt und Lohr gelehrt, ebenso wie weitere interes-

santer Ausbildungsberufe, berichtete Hecht. Die breite Aufstellung sei ein großes Plus und Sorge mit für die stabilen Zahl an Berufsschüler\*innen, von rund 1.700. Berufsintegrationsklassen, die Fachschule für Mechatroniktechnik in Lohr sowie die Schulform Berufsschule PLUS ergänzen das Angebot. Wir sprachen über die Herausforderungen durch Corona, den Digitalpakt von Bund und Ländern, Bildungsgerechtigkeit und vor allem die Bedeutung der Berufsschulen. Das ganze Gespräch und die dazugehörige Pressemitteilung gibt es [hier](#).

## MEINE REDEN IM MÄRZ



Anfang März ging es im Bundestag um die Hilfen für Arbeitnehmer\*innen in der Pandemie. Ich habe in meiner Rede klargestellt: Die Corona-Pandemie ist keine Ideologie, sie ist Realität. Wir müssen die Gesundheit zuverlässig sichern, aber genauso die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft beachten: Jeder Cent, den wir jetzt in den Schutz von Arbeitsplätzen und in die Weiterbildung stecken, ist eine Investition in die Zukunft. In meiner zweiten Plenarrede im März (am 25.03.) habe ich mich dafür eingesetzt, Beschäftigte und Unternehmen fit zu machen für den Strukturwandel, der uns in einigen Branchen bevorsteht – oder in dem wir auch schon mittendrin sind. Wir brauchen Hilfen für Unternehmen und Weiterbildung für Arbeitnehmer\*innen. Damit die Beschäftigten von heute die Arbeit von morgen machen können. Mit dem Klick auf das Foto geht's zu den Videos meiner Reden auf meiner Homepage.



## 1,3 MIO EURO FÜR MÖNCHBERG



1,3 Mio. Euro gibt der Bund für den Neubau der Sport- und Festhalle Mönchberg. Dafür habe ich gekämpft, Anfang März hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die Mittel freigegeben.

Die alte Halle in Mönchberg ist leider schwer in die Jahre gekommen. Der VfL Mönchberg mit seinem Vorsitzenden Martin Roob und Bürgermeister Thomas Zöllner hatten mich daher um Unterstützung für finanzielle Bundeshilfen gebeten, damit eine Sanierung oder ein Neubau angegangen werden kann. Jetzt ist es gelungen: Mönchberg zieht das große Los und kann mit einem millionenschweren Bundeszuschuss planen.

Die Mittel für Mönchberg kommen aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“. Rund 400 Millionen Euro stehen dort für insgesamt 232 Sanierungsmaßnahmen im ganzen Land bereit.

Wir sorgen mit Bundesmitteln dafür, dass in allen Regionen Deutschlands Investitionen in unsere Kommunen fließen, um damit unmittelbar Aufträge für Handwerk und Baufirmen für sinnvolle und nachhaltige Projekte auszulösen. Gerade Kommunen, die sich in einer schwierigen Haushaltslage befinden, profitieren davon.

## SPRACH-KITAS WERDEN GEFÖRDERT

Das seit fünf Jahren laufende Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ wird fortgesetzt. Dafür stellt der Bund für zwei weitere Jahre 420 Millionen Euro zur Verfügung. Davon profitieren fast 500.000 Kinder und ihre Familien. Ich freue mich, dass dieses Programm auch in meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg guten Anklang findet. Die teilnehmenden Kindertagesstätten sind:

### Main-Spessart

Kindertagesstätte, Altfeld  
 Kita Edith-Stein, Marktheidenfeld  
 Kita Lohgraben, Marktheidenfeld  
 Kita Baumhofstraße, Marktheidenfeld  
 Kita Kolpingstraße, Marktheidenfeld  
 Kindergarten „Theresienheim“, Karlstadt  
 Kindergarten St. Sebastian, Zellingen  
 Kath. Kindergarten St. Georg, Zellingen

### Miltenberg

Kindertagesstätte Rasselbande, Bürgstadt  
 Kindergarten Weinbergstraße, Erlenbach am Main  
 Kindergarten Fröbelstraße, Erlenbach am Main  
 Kindergarten Dr.-Vits-Straße, Erlenbach am Main  
 Evang. Kindergarten Villa Kunterbunt, Hofstetten  
 Kindertagesstätte „Rasselbande“, Wörth am Main  
 Kindertagesstätte „Kleine Strolche“, Wörth am Main



[Mehr Infos auf der offiziellen Homepage.](#)



## ONLINE-DISKUSSIONEN JEDERZEIT ANSCHAUEN

Auf meiner Homepage gibt es eine neue Rubrik, in der alle meine Online-Diskussionen zu finden sind, die ich auf Facebook und Instagram mit wechselnden Gesprächspartner\*innen geführt habe. So kann jede\*r meine Veranstaltung im Nachgang anschauen, ganz ohne Facebook- oder Instagram-Zugang.

Im März z.B. diskutierte ich über das Lieferkettengesetz und darüber, wie krank unser Wald ist und was wir für ihn tun können. Mit einem Klick auf das Foto geht's direkt zu meiner Homepage.



## BUND FÖRdert ELEKTROMOBILITÄT AUCH IN ASCHAFFENBURG

Mit über 6,2 Mio. Euro unterstützt das Bundesumweltministerium die Anschaffung von Elektrobussen in Bayern. Auch die Stadtwerke Aschaffenburg erhalten finanzielle Unterstützung für drei Elektrobusse.

## BAYERN-LISTE AUFGESTELLT

Die BayernSPD hat als erste Partei im Freistaat ihre Liste für die Bundestagswahl am 26. September aufgestellt. Die Landesvertreterversammlung der BayernSPD tagte am 13. März in Schwabach im Fußballstadion an der frischen Luft. Mein Bundestagskollege Uli Grötsch, Generalsekretär der Bay-

ernSPD, wurde auf Platz 1 gewählt und führt somit die bayerische SPD in den Bundestagswahlkampf.

Ihm zur Seite steht auf Platz 2 meine Bundestagskollegin Dr. Bärbel Kofler, die auch Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung ist.

Ich freue mich sehr, dass ich wieder auf Platz 7 der Bayerischen Landesliste gewählt worden bin. Allen Delegierten danke ich für das entgegen gebrachte Vertrauen in mich und meine Arbeit.



Meine unterfränkische Kollegin Sabine Dittmar wurde auf Platz 14 gewählt, Markus Hümpfer auf Platz 21, Freya Altenhöner auf Platz 30 und Tobias Wüst auf Platz 37.

TAGESAKTUELLE INFOS UNTER

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

[www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

[www.instagram.com/bernd\\_ruetzel](https://www.instagram.com/bernd_ruetzel)

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021

## MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und  
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

als vor wenigen Jahren über einen Nationalpark im Spessart diskutiert wurde, war die Bevölkerung vor Ort gespalten in zwei Lager aus Befürwortern und Gegnern. Die gesamte Diskussion wurde sehr emotional geführt, ließ Gräben zwischen Dörfern, Nachbarn und Freunden aufbrechen. Bis die Staatsregierung 2017 das Projekt dann fallen ließ.

Inzwischen haben Naturschutzorganisationen einen neuen Vorschlag ins Spiel gebracht: und zwar die Sicherung eines Biosphärenreservats im Spessart. Nun wäre es nicht verwunderlich, wenn gerade jene Spessartbürgerinnen und -bürger, die an die Nationalparkdiskussion mit schlechten Gefühlen zurückdenken, reflexartig eine Abwehrhaltung einnehmen. Und doch lohnt es sich, genauer hinzusehen. Denn ein Biosphärenreservat ist nicht Weise gleichzusetzen mit einem Nationalpark.

In einem Biosphärenreservat liegt der Fokus ganz klar auf einem ausgewogenen Miteinander von Mensch und Natur. Neben dem Schutz von charakteristischen Natur- und der Kulturlandschaften ist die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ein grundlegendes Element einer solchen Unesco-Modellregion.

Gar nicht weit von hier entfernt liegt das Biosphärenreservat Rhön. Von dort wissen wir, dass die Zustimmungsraten aus der Bevölkerung hoch sind. Dass die regionalen Wirtschaftskreisläufe dadurch angekurbelt wurden und die Bevölkerung vom wachsenden, schonenden Tourismus profitiert.

Auch für den Spessart könnte ein Biosphärenreservat ein vielversprechendes Zukunftsmodell sein, ein Modell, mit dem nicht nur die einzigartigen Buchen- und Eichenwälder geschützt werden könnten. Der Spessart könnte auch insgesamt einen Aufschwung erleben.



Werden das regionale Handwerk, eine zukunftsfähige Landwirtschaft und der Qualitätstourismus gestärkt, werden funktionierende Vermarktungsketten für typische Produkte aus dem Spessart etabliert und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut, dann bringt das neue Arbeitsplätze und ein Plus an Lebensqualität. Gerade für die jüngere Generation wären dies wichtige Anreize, um zu bleiben. Der Spessart als Heimat mit Zukunft.

Diese Visionen sind wichtig. Ebenso wichtig ist aber auch eine breite und faire Diskussion, an der sich alle Interessensgruppen beteiligen. Ich würde mir eine unvoreingenommene, faktenbasierte Debatte wünschen, bei der das Für und Wider klar benannt wird. Vor allem wünsche ich mir aber, dass die Menschen wieder miteinander ins Gespräch kommen, Brücken bauen und alte Wunden heilen lassen. Nach der unglücklichen Nationalpark-Diskussion bietet sich nun die Gelegenheit, zu zeigen, dass es besser geht. Dafür sollten wir uns alle gemeinsam engagieren.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

**Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB**  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlner.de

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

4 | 2021

## VOLKMAR HALBLEIB



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land  
Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

## SPORTLICHER ERFOLG FÜR DIE SPD IM LANDTAG: VEREINSPAUSCHALE WIRD AUCH 2021 VERDOPPELT

Liebe Leserinnen und Leser,

wirklich gefreut habe ich mich über die Verdopplung der Vereinspauschale auch im Jahr 2021. Als SPD-Fraktion im Landtag hatten wir diese dringend notwendige Verdopplung zuvor mehrfach gefordert und auch 2021 einen entsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt gestellt.

Dieser war die Basis für einen positiven Beschluss im Haushaltsausschuss: Nachdem sich alle demokratischen Fraktionen unserem Antrag anschlossen, wurden Nägel mit Köpfen gemacht und die Verdopplung der Vereinsförderung auch für 2021 beschlossen - gute Neuigkeiten also für die Vereine in Bayern und den Sport an sich.

Schließlich ist die Vereinspauschale eine schnelle und unbürokratische Hilfe und obendrein für die Vereine ein wichtiges Signal, dass sie für unsere Gesellschaft wichtig sind und auf keinen Fall Opfer der Folgen der Corona-Pandemie werden und verschwinden dürfen.

Im Ergebnis steigt die Vereinspauschale für die unterfränkischen Sportvereine somit auch 2021 gegenüber 2019 von 2,26 Millionen Euro auf etwa 4,5 Millionen Euro an, eine Steigerung von knapp 2,3 Millionen Euro. Der exakten Beträge für 2021 werden erst in den nächsten Wochen ermittelt, eine größenmäßige Orientierung

an den Werten für 2020 ist aber durch den Landtagsbeschluss gewährleistet. Das bedeutet z.B. für die Sportvereine in Landkreis Main-Spessart 465.169,28 Euro statt 228.806,81 Euro.



So schön und wichtig dieser Erfolg ist, allein mit einer Verdopplung der Vereinspauschale ist es aber nicht getan. Die Vereine mit Hallen, Sportflächen und anderen Anlagen haben immense Ausgaben - auch ohne Trainings- und Spielbetrieb.

Die verdoppelte Vereinspauschale reicht bei weitem nicht aus, um die ausfallenden Einnahmen für Sanierungsrücklagen, Unterhalt und Betrieb abdecken zu können. Deshalb fordere ich hierfür einen weiteren finanziellen Ausgleich für Vereine.

Wichtig ist, die Sportvereine über die Verdopplung der Vereinspauschale hinaus, differenziert zu betrachten. Insbesondere die Mehrspartenvereine, aber auch die kleinen Vereine, benötigen zusätzliche Hilfen. Hier gilt es, zielgerichtet drauf zu schauen und zu handeln.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib

**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**  
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de